Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 1.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schabels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 127 — Donnerstag, den 3. Juni 1920 — 48. Jahrgang

Der Wehrminister über die Putschgefahr.

(TU) Reichswehrminister Dr. Geßler führte in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des „Berl. Tagebl." u. a. folgendes aus: Der Gedanke, einen Putsch, mag er von rechts oder von links kommen, zuzulassen, wird von den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der Reichswehr abgelehnt. Ich komme soeben aus Schlesien zurück. Die Truppe dort macht einen guten Eindruck. Das Mißtrauen, das aus den Tagen des Kapp-Putsches her noch an manchen Stellen zwischen Truppen und Bevölkerung besteht, wird, so hoffe ich, allmählich verschwinden. In Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen ist die Lage zur Zeit so, daß die Rechte einen Linksputsch und die Linke einen Rechtsputsch befürchtet. In dieser gespannten Lage kommt alles darauf an, die Ruhe zu bewahren und zu verhindern, daß an irgend einer Stelle der Funke ins Pulverfaß geworfen wird. Sollte es zu Unruhen kommen, so ist es Sache der Polizei und der Sicherheitspolizei, bezw. der Länder, ihrer Herr zu werden. Reichen deren Kräfte nicht aus, so würden die Regierungen der Länder die Reichswehr zu Hilfe rufen. Bei aller Loyalität, mit der ich zuschlossen bin, den von der Regierung unterzeichneten Friedensvertrag zu erfüllen, kann ich daran doch keinen Zweifel hegen, daß gerade die Durchführung einer Reichswehrverminderung auf allergrößte Schwierigkeiten stößt. Wie die Geschichte der Auflösung der Brigade Ehrhardt und auch der Freikorps beweist, stieß die Auflösung dieser schon verhältnismäßig schwachen Verbände auf beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten. Diese Fragen werden ja in Spaa hoffentlich mit großer Sachlichkeit behandelt werden können. Zum Fall Paasche erklärte der Minister, daß die Offiziere der Reichswehr mit ihm eines Sinnes darüber seien, daß die Tötung dieses Mannes auf das schärfste zu verurteilen ist.

Keine reaktionäre Putschtruppen vor Berlin.

(W) Ein Berliner Blatt brachte gestern abend eine Zusammenstellung von angeblichen Ansammlungen reaktionärer Truppen vor Berlin. Die Nachricht ist, wie aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, durchaus unzutreffend. Weder in Erkner noch in Fangschleuse finden Truppenkonzentrationen statt. Von den in Potsdam gemeldeten bayrischen Truppen ist dort nichts bekannt. Die im gleichen Zusammenhange gebrachte Meldung von einer Räumung der Krankenhäuser beruht vermutlich auf der Tatsache, daß eine wegen der Bildung der ersten Kavalleriedivision verlegte Schwadron des Reiterregiments 9 in einem Gebäude untergebracht werden soll, welches früher als Reservelazarett gedient hat.

Alle Behauptungen des Blattes sind in vollem Umfange unbegründet. Es befinden sich im ganzen Umkreise von Berlin keinerlei Truppen, die sich nicht befehlsgemäß dort aufzuhalten haben. Die um Berlin liegenden Truppen stehen geschlossen hinter ihren Führern. Prinz August Wilhelm befindet sich zur Zeit übrigens nicht in Potsdam, sondern auf Reisen.

Der amtliche Bericht über die Erschießung Paasches.

Ueber die Erschießung des Kapitänleutnants a. D. Paasche liegt jetzt der amtliche Bericht des Regierungspräsidenten aus Schneidemühl vor, der feststellt, daß eine Festnahme von dem Regierungspräsidenten nicht angeordnet war. Ueber den Vorfall ergibt sich danach folgendes Bild: In dünner Postenkette wurde das Gehöft in weitem Umkreise umstellt. Der Führer der Abteilung, Oberleutnant Kappe, begab sich mit zwei Grenzpolizeibeamten in das Gutshaus. Nach Mitteilung eines Dienstboten befand sich Paasche am benachbarten See. Der dem Gutsbesitzer bekannte Gendarmeriewachtmeister Wendland II wurde beauftragt, den Kapitänleutnant Paasche aufzusuchen und ihn zu bitten, in das Gutshaus zu kommen. Wendland ging an den See, traf dort Paasche und bat ihn, in das Gutshaus zu kommen, wo ihn verschiedene Herren erwarten würden. Nach einigem Zögern folgte Paasche dem Gendarmeriewachtmeister. Ueber den Zweck des Besuches hatte Wendland dem Paasche keine Mitteilung gemacht. Als die beiden in die Nähe des Hauses kamen, machte Paasche plötzlich Kehrt und lief eilig im Zickzackkurs dem nahen Walde zu. Der Gendarmeriewachtmeister lief ihm nach und rief mehrmals: „Bleiben Sie doch stehen, Herr Kapitänleutnant!" Wendland hatte die rechte Hand an der Pistolentasche. Die Pistole hatte er nicht aus dem Futteral gezogen. Die im Walde vereinzelt stehenden Posten riefen ebenfalls dauernd „Halt!" und schossen drei Schuß über Paasche hinweg. Am Waldessaum erhielt er von dem im Walde zurückstehenden Posten Diekmann einen Schuß in die Herzgegend. Paasche fiel mit einem lauten Aufschrei hin und rief: „Ich bin getroffen und sterbe". Ehe noch der nächste Posten an ihn herangesprungen konnte, war er tot. Eine Festnahme Paasches war nicht angeordnet. Paasche war auch nicht festgenommen und konnte sich als solcher auch nicht betrachten. Hieraus folgt, daß weder der Gendarmeriewachtmeister, noch die Truppe von ihrer Waffe Gebrauch machen durften. Jedenfalls haben die Soldaten, die nicht wußten, daß Paasche nicht festgenommen war, aus all den ihnen sichtbar gewesenen Handlungen entnommen, daß Paasche durch den Gendarmen festgenommen war und daß er sich der Flucht entziehen wollte. So deuteten sie den Zuruf des Gendarmeriewachtmeisters an den flüchtenden Kapitänleutnant Paasche: „Bleiben Sie doch stehen, Herr Kapitänleutnant!", so deuteten sie die Verfolgung des Paasche durch den Gendarmeriewachtmeister und so deuteten sie die Handbewegung des Gendarmeriewachtmeisters an seine Revolvertasche. In diesem subjektiv entschuldbaren Glauben haben sie gehandelt, als sie auf den flüchtenden Paasche schossen. Die Haussuchung nach Waffen erzielte keinen Erfolg. Die Korrespondenz wurde beschlagnahmt. Nach Meldungen des Grenzpolizeikommissars Dr. Anders kann aus diesem Material geschlossen werden, daß Paasche nicht allein theoretisch für den Räterepublikgedanken eingetreten ist, sondern daß er auch zweifellos erst Hauptmitglied der kommunistischen Partei gewesen ist, der er auch Geldmittel zur Verfügung gestellt hat.

Der Bericht des Abschnittskommandeurs, der jetzt gleichfalls vorliegt, enthält nichts neues.

Eine phantastische französische Meldung.

Dem „Intransigeant" wird aus Berlin gemeldet: Vor einigen Wochen fand in Berlin ein geheimer Kabinettsrat statt, welchem mehrere Minister beiwohnten. Im Verlauf dieser Verhandlungen wurde die Frage geprüft, ob ein bewaffneter Konflikt zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen andererseits möglich wäre. Der Chef des Generalstabes gab Aufklärungen über die militärische Lage Deutschlands. Gegen Frankreich könne Deutschland 700 000 Mann aufbieten, gegen Polen 300 000 Mann. Es wurde angenommen, daß diese Streitkräfte für einen Feldzug gegen Frankreich und Polen genügen würden, weil man auf die wohlwollende Neutralität gewisser Mächte rechnen zu dürfen glaubte. Außerdem wurde angenommen, daß man mehrere Jahrgänge Reserven unter die Waffen rufen könne. Dennoch beschloß der geheime Kabinettsrat keine Kriegserklärung an Frankreich und Polen, weil man nicht die Ueberzeugung gewinnen konnte, daß mit Sicherheit auf die Neutralität gewisser Mächte zu rechnen sei. Der „Intransigeant" erklärt, falls die deutsche Regierung die Richtigkeit dieser Meldung abzuleugnen wage, werde er alle Beweise liefern und werde den Zeitpunkt dieser geheimen Kabinettsratssitzung, sowie die Namen der anwesenden Minister bekanntgeben.

Man könnte natürlich über die phantastische Meldung mit Stillschweigen hinweggehen, wenn nicht anzunehmen wäre, daß morgen die ganze französische Presse die Besetzung weiterer Städte am Rhein fordern und namentlich England beschwören werde, mit Deutschland keinerlei finanzielle Vereinbarungen zu treffen, weil Deutschland noch immer Kriegsabsichten habe. Es ist zu befürchten, daß die Legende von dem geheimen Kabinettsrat ebenso weite Kreise ziehen wird wie die Legende von dem geheimen Potsdamer Kronrat, auf welcher die ganze französische Presse während des Krieges herumritt.

Wirtschaftsverhandlungen.

Im „Petit Journal" werden über die Auffassung, welche man im französischen Handelsministerium über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat, Aeußerungen veröffentlicht, welche, wenn sie der Wahrheit entsprechen, von deutscher Seite schärfste Zurückweisung erfordern. Im Handelsministerium sei erklärt worden, berichtet das „Petit Journal", daß die deutschen Vertreter vollständig die Bedingungen verkannt hätten, unter welchen Frankreich zugestanden hätte, sie zu empfangen. Es hätte sich für sie darum gehandelt, Frankreich zu Privatabmachungen vor der Konferenz von Spaa zu verpflichten, die eigentlich erst die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands feststellen solle. Die Deutschen rechneten damit, mit Frankreich unter Ausschluß der übrigen Alliierten Abmachungen zu treffen, ober Frankreichs Standpunkt sei ein völlig anderer. Deutschland verfüge noch über die gleiche Industrie ersten Ranges, welche bisher dazu diente, Frankreichs Boden und Frankreichs Industrie zu zerstören. Frankreich wolle jetzt wissen, ob diese deutsche Industrie noch an ihrer Illusion von der Weltherrschaft festhalte, oder ob sie wünsche, am Wiederaufbau von Frankreich mitzuhelfen. Statt dessen aber wollten die deutschen Vertreter, daß Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden und daß die Ein- und Ausfuhr zwischen Frankreich und Deutschland geregelt würde. Sie vergäßen, daß das eine Sache sei, welche schon der Versailler Frieden vorsehe, und daß es nur an Frankreich liege, darüber zu entscheiden. Wichtig sei, daß die französische Handelswelt sich um Aufträge an deutsche Firmen nicht so sehr beeile und sich der Zeit vor dem Kriege erinnere. Frankreich habe die Aufgabe, sich vor der Gefahr zu schützen, welche in der allzu raschen Wiederaufnahme des uneingeschränkten Handelsverkehrs mit Deutschland liege.

Wenn im französischen Handelsministerium wirklich diese Worte gesprochen wurden, so stehen sie mit der Begrüßungsansprache nicht überein, die der französische Handelsminister Isaac gelegentlich der Eröffnung der Verhandlungen mit den deutschen Delegierten hielt, und sie zerstören vollständig den Zweck, den Deutschland bei diesen Verhandlungen mit den Franzosen verfolgt. Die Absicht bei diesen Verhandlungen ist die Regelung der Ein- und Ausfuhrverhältnisse, und diese haben weder mit dem Versailler Frieden noch mit dem Ausschluß der Alliierten etwas zu tun. Aber wenn die Franzosen mit Hintergedanken an diese Besprechungen herantreten, welche sie bisher nicht öffentlich zugeben, dann muß man sich fragen, ob nach dem 6. Juni eine Reise deutscher Vertreter nach Paris noch nötig sein wird.

Tagesereignisse.

— **(Die deutschen Delegierten für Spa.)** Die deutsche Regierung hat dem Minister des Aeußern mitgeteilt, daß sie auf der Konferenz von Spa durch den Reichskanzler Müller und den Minister des Aeußern Dr. Köster vertreten sein wird. Die beiden Minister werden von vier hervorragenden Mitgliedern der Industrie, 8 höheren und 7 niederen Beamten, 3 Dolmetschern und 10 Stenotypisten begleitet sein.

— **(Neue Schandtaten der Schwarzen.)** Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat, wie gemeldet wird, der hohen interalliierten Kommission einen Bericht des Regierungspräsidenten von Köln zugehen lassen, in dem Mitteilungen von schweren Sittlichkeitsverbrechen schwarzer Truppen im Landkreise Euskirchen gemacht werden. In dem einen Fall wurden zwei Knaben im Alter von 11 und 13 Jahren von einem schwarzen Soldaten in einem Kornfeld vergewaltigt. Im anderen Falle versuchte ein Schwarzer, ein 19jähriges Mädchen zu vergewaltigen, hatte jedoch, da das Mädchen ihm an Körperkraft überlegen war, keinen Erfolg. In dem Bericht wird auf die Erbitterung hingewiesen, die wegen dieser Vorgänge unter der Bevölkerung herrscht und die Verantwortung für alles, was aus solchen Vorfällen entstehen kann, der Ententekommission zugeschoben, falls diese gewillt sei, die Verbrecher zu schützen und die schwarzen Truppen nicht zu entfernen.

— **(Bewaffnete Polenbanden in Oberschlesien.)** Aus Oberschlesien wird das Auftauchen bewaffnetr polnischer Banden gemeldet, so im Gebiet von Beuthen, Königshütte und Myslowitz. Die Bewaffnung der Polen geschieht unter den Augen der französischen Besatzungsarmee.

— **(Die Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Ungarn.)** Aus Paris wird gemeldet: Am Freitag um ½5 Uhr wird im Grand Trianon die Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Ungarn stattfinden. Millerand wird als Präsident fungieren. Der König von Griechenland wird der Feierlichkeit beiwohnen.

— **(Entgegenkommen Englands in der Ablieferung deutscher Schiffe.)** Die seit dem 4. Mai in London weilende deutsche Delegation unter Führung des Geheimrats Weniger, welche ein Abkommen über die Ablieferung der deutschen Handelstonnage zu treffen hatte, beendete ihre Arbeiten und reiste nach Berlin zurück. Es kam eine Vereinbarung zustande über die Ueberlassung von Fischdampfern, über die Ablieferung der von Deutschland für den Verband zu erbauenden Schiffe und über die Ablieferung aller Fahrzeuge zwischen 1000 und 1600 Tonnen.

— **(Keine Besteuerung der Kriegsgewinne in England.)** Die englischen Blätter melden, daß die Regierung den Plan aufgegeben habe, die Kriegsgewinne besonders zu besteuern. Dieser Beschluß macht in Arbeiterkreisen und bei den unabhängigen Liberalen viel böses Blut, da die Anhänger Asquith und die Arbeiterpartei mit aller Energie auf diese Steuer gedrungen hatten. Chamberlain hatte sie auch versprochen, ist dann aber vor seinen Feinden zurückgewichen, die nichts verlieren wollten, was sie während des Krieges eingeheimst hatten.

— **(Von Marokkanern überfallen.)** Einer Meldung aus Mannheim zufolge überfielen zwei französische Soldaten am Rheinufer ein Liebespaar, vertrieben den Liebhaber und vergewaltigten das Mädchen. Die Soldaten, Marokkaner, konnten noch nicht ermittelt werden.

— **(Finnland für allgemeine Wehrpflicht.)** Berlingske Tidende meldet aus Helsingfors: Der Reichstag hat den Antrag auf Umbildung des finnischen Heereswesens zu einer Volksmiliz abgelehnt und sich für die allgemeine Wehrpflicht in gewissen Fällen mit allgemeiner Arbeitspflicht verbunden erklärt. Die Dienstzeit soll für systematische Erziehung und Entwickelung der Bevölkerung sorgen.

— **(Bedrohung der Zuckerrübenernte.)** Durch den in der Magdeburger Börde ausgebrochenen Streik der Landarbeiter erscheint besonders die Zuckerrübenernte bedroht. Wenn es nicht gelingt, den Streik schleunigst zu beenden, so wird eine Reihe von Fabriken gezwungen sein, von der Absicht, die Zuckererzeugung im Herbst aufzunehmen, abzustehen.

— **(Generalstreikbeschluß in Nordschleswig.)** In einer Versammlung der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften der ersten Zone wurde beschlossen, Donnerstag in den Generalstreik einzutreten, da die Arbeitgeber sich weigern, den geforderten Stundenlohn von zwei Kronen zu bewilligen, der von den gelernten und ungelernten Arbeitern gleichmäßig verlangt wird.

— **(Verbot der Waffenmitführung auf Urlaub.)** Wie das Wolffbüro erfährt, wird das Reichswehrministerium einen Befehl erlassen, nachdem beurlaubte Unteroffiziere und Mannschaften dienstliche Schuß- und Wurfwaffen (Handgranaten nicht bei sich führen dürfen.

— **(Aufgehobenes Waffendepot.)** Auf Veranlassung des Regierungskommissars ist durch die Sicherheitspolizei ein deutsch-hannoversches Waffendepot in Hannover-Wülfel aufgehoben worden. Der Landwirt Nieschlag, am Mittelfelde 18, Mitglied der Deutsch-hannoverschen Partei, hat auf dem Boden seines Hauses im Auftrage der „Hannoverschen Legion" Gewehre und Munition versteckt gehalten. Die Polizei hat 197 Gewehre, mehr als 9000 Schuß Munition und 190 Seitengewehre aufgefunden.

Die schöne Unbekannte.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.
(Nachdruck verboten.)

33. Fortsetzung.

Und dann hielt er sie weit ab von sich und sah ihr voll zärtlicher Strenge ins Gesicht. „Also so lose Streiche macht Ihr beiden Schelmimmen? Hardy — meine süße Hardy, dafür mußt du eine fürchterliche Strafe erleiden."

„O, ich will gern jede Strafe auf mich nehmen für meinen Uebermut. Habe ich doch schon oft bereut, in diesen Streich gewilligt zu haben. Was für eine Strafe wollen Sie mir auferlegen?"

Er küßte ihre Hände, ihren Mund, ihre Augen.

„Es wird schlimm werden, mein holder Liebling. Du kannst nun Norbert von Heldorffs Gattin nicht werden, sondern mußt Graf Günter Nordau heiraten — schon zur Strafe, daß du mich noch immer Sie nennst."

Sie richtete sich erschrocken auf.

„Niemals werde ich Graf Günter heiraten. Wie können Sie solche Scherze machen?"

Jubelnd über ihre Entrüstung zog er sie trotz ihrem Widerstreben fest an sich und küßte sie bis zur Atemlosigkeit. Dann ließ er sie ein wenig frei.

„Ich dringe darauf, du mußt Graf Günter Nordau heiraten, Liebling. Bedenke doch, eine halbe Million steht für dich auf dem Spiel und für ihn auch."

Sie wollte sich zornig losmachen.

„Nicht so scherzen — das tut mir weh!"

Er zog sie aber lachend wieder zu sich heran.

„Schelmin, süße, jetzt sage erst einmal du zu mir und nenne mich bei meinem Vornamen."

Sie schüttelte in schmerzlichem Zorn den Kopf.

„Ich verstehe Sie nicht — zum erstenmal verstehe ich Sie nicht."

Seine Augen funkelten in glücklichem Uebermut.

„Süße Hardy — verstehst du noch immer nicht? Wenn ich — ich von dir verlange, daß du Graf Günter heiraten sollst, so kannst du es unbesorgt tun, denn ich gönne dich keinem anderen Manne als mir selbst!"

Sie sah ihn an und stutzte.

„Was ist das?"

„Sag du zu mir, Süße — sag: Lieber Günter, ich will deine Frau werden.

Sie zuckte zusammen.

„Du — du — heißt du nicht Norbert?"

„Nein, du Schelmin — ein Schelm sitzt neben dir und hält dich fest in seinen Armen. Begreifst du nun endlich? Ich bin Günter Nordau und droben im Schloß sitzt mein Freund Norbert Heldorf und spielt meine Rolle. So wie du dich vor dem fremden Vetter fürchtetest, fürchtete ich mich vor meiner Base Bernhardine von Rosen, weil ich dein Bild in meinem Herzen trug und meine Sehnsucht dich suchte. Auch wollte ich meiner Base eine Beschämung ersparen und mir unter einem andern Namen ihre Freundschaft und ihr Vertrauen erringen. Denn ich wollte ihr sagen, sie möge immerhin erklären, daß sie meine Frau werden wolle, damit ihr die ganze Million zufiel. Mein Freund Heldorf erklärte sich bereit, meine Rolle zu spielen. So kamen wir hierher — und wie froh war ich meiner Maskerade, als ich dich wieder sah und dich natürlich für die Kusine meiner Miterbin hielt. Siehst du, Liebling, so sind wir beide unter falscher Flagge gesegelt und doch mitten ins Glück hinein. Du bist mein und ich bin dein, unter welchem Namen es auch sein mag. Oder weigerst du dich noch immer so zornig, den Grafen Günter zu heiraten? Ei, wie hat mich mein süßer Liebling so zornig angeblitzt!"

Hardy schmiegte sich glückselig in seine Arme.

„Ach, Günter, lieber Günter — ich wußte ja nicht, was ich von dir denken sollte!"

Er küßte sie zärtlich.

„Glaubst du wirklich, ich würde dich einem andern lassen. Wie wenig kennst du dann meine Liebe!"

„Ach — nun nicht mehr daran denken, mein Günter. Wie dankbar bin ich nun Graf Herbert, der, die Rosens und die Nordaus vereinigen wollte."

„Sein Wunsch soll herrlich erfüllt werden, meine Hardy, bis zum letzten Punkt."

Sie küßten sich innig.

„Liebster, wie ist das Leben nun so schön und hold für mich, nun sind alle Schatten geschwunden. Ich sitze mitten in der Sonne, geborgen in deiner Liebe und bin so glücklich — so glücklich, wie es ein Mensch nur sein kann."

Dieses Bekenntnis mußte ihr Günter von den Lippen küssen. Innig umschlungen saßen sie im Zauber des herrlichen Frühlingsmorgens. Sie hatten sich viel zu sagen und zu fragen, daß die Zeit im Fluge verstrich."

Von Heinemann sprachen sie auch und lachten glücklich, daß er sie beide hatte gewähren lassen in ihrem Komödienspiel.

Und dann kamen sie auf Mia und Norbert zu sprechen.

„Wie wird Mia nun froh sein! Sie war in Sorge, daß dein Freund sich nur deshalb um sie bemühte, weil er sie für seine Miterbin hielt, die ihm die andre Hälfte der Grafschaft als Mitgift zubringen würde."

„Nein, Hardy, da brauchst du nicht in Sorge zu sein. Norbert liebt deine Kusine um ihrer selbst willen. Er ist ja selbst ein sehr reicher Mann und Geld oder Geldeswert spielt keine Rolle, wenn er sich eine Gattin wählt."

Hardy wollte schon sagen: „Mia ist auch reich." Da fiel ihr ein, daß sie dieser versprochen hatte, es nicht zu verraten. So sagte sie nur:

„Wie wird Mia glücklich sein, wenn sie die Gewißheit hat, daß sie um ihrer selbst willen geliebt wird, du mußt mir aber versprechen, Günter, daß du deinem Freund Norbert nichts davon verrätst, daß Mia und ich die Rollen getauscht haben. Sie wird es ihm selbst sagen, sobald sie weiß, daß ich dich unterrichtet habe und sobald sie mit ihm allein ist."

Er sah lächelnd nach der Uhr.

„Das wird wohl jetzt schon der Fall sein. Die Frühstücksstunde haben wir um eine halbe Stunde bereits überschritten."

Hardy sprang auf.

„Da müssen wir uns eilen."

Er zog sie wieder neben sich nieder.

„Nein, wir müssen noch hierbleiben, Hardy, und wenn dein Hunger noch so groß ist. Ich habe Norbert versprochen, ihm eine Stunde des Alleinseins mit deiner Kusine zu verschaffen — falls ich dich allein treffen würde. Daß wir nicht pünktlich am Frühstückstisch eintreffen, ist ihm ein Zeichen, daß zwischen uns alles in schönster Ordnung ist. Und nun wird er schleunigst zwischen sich und deiner Kusine Klarheit schaffen."

Da ließ Hardy sich aufatmend wieder neben ihm nieder. Sie vergaßen alles um sich her und fühlten und wußten nur, daß sie sich liebten.

(Fortsetzung folgt.)

— **Das Ingenieuroffizier-Korps der Marine** beging den Tag seines fünfzigjährigen Bestehens. Mit berechtigtem Stolz können die Ingenieuroffiziere auf ihre Leistungen in der Vergangenheit zurückblicken, wenn auch der unglückliche Ausgang des Krieges die Früchte ihrer Arbeit nahezu restlos vernichtet hat. An dem Ausbau der deutschen Wehrmacht zur See und an den Taten der Flotte im Kriege hat das Ingenieuroffizier-Korps einen hervorragenden Anteil. Nahezu der vierte Teil hat für das Vaterland den Tod erlitten. Einen getreuen Maßstab für die Entwicklung der Marine gibt das zunächst allmähliche, dann rapide Anwachsen des Korps. Im Jahre 1870 gab es nur 3 Ingenieuroffiziere, 1880 stieg die Zahl auf 23, 1890 auf 55, 1900 auf 150 und 1910 auf 378. Gegen Ende des Krieges taten 529 aktive Ingenieuroffiziere Dienst in der Flotte, daneben 287 des Beurlaubtenstandes. Der Chef der Admiralität hat in Anerkennung der Verdienste des Ingenieuroffizier-Korps verfügt, daß der dienstälteste Ingenieuroffizier in die Admiralität berufen wird, um an dem Aufbau der Deutschland verbliebenen Wehrmacht zur See an leitender Stelle mitzuwirken.

— **(Im Entscheidungskampfe.)** Die Blätter aller Parteien machen letzte Anstrengungen, um stärkste Wahlbeteiligung zu erreichen. Der Vorwärts meint, von der Wahlstimmung sei keine Partei befriedigt; man spreche sogar von Wahlmüdigkeit. Hier laufe der Irrtum mit unter, daß in den Wahlversammlungen ein Maßstab für das Wahlergebnis zu suchen sei. Wenn man weiter zurückdenke, entsinne man sich, daß bei manchen früheren Wahlen der Besuch der Versammlungen niederdrückend schlecht war, während das Wahlergebnis sich glänzend gestaltete und durch die Wahlbeteiligung die früheren Voraussetzungen Lügen strafte. In der Germania wird gesagt: Bis zum heutigen Tage stehen noch hinter der Regierung ¾ aller Volksvertreter und damit nach Ausweis des maßgebenden Ergebnisses der Nationalwahlen vom Vorjahre ¾ der Wählerschaft. Mag immerhin dieses Ergebnis am nächsten Sonntag eine Korrektur erfahren — es ist eine unglaubliche Uebertreibung, zu behaupten, daß statt des deutschen Volkes ein Minderheitsteil desselben die Regierung in der Hand halte. Ergibt die Reichstagswahl eine wesentliche Veränderung der Parteistärke, so wird selbstverständlich die Regierungsbildung sich anpassen müssen.

— **(Ausführung bayerischer Großschiffahrtsstraßen.)** In der gestrigen Sitzung des bayerischen Staatsausschusses wurde die Regierungsvorlage angenommen, wonach der zur Fortführung der Mainkanalisierung genehmigte Kredit von 75 Millionen auf die Vorarbeiten einer großen Schiffahrtsstraße von Wernfeld bis Nürnberg und der Ausbau der Donau von Kehlheim bis Regensburg und von Passau bis zur Reichsgrenze einschließlich Wasserkraftausnutzung ausgedehnt wird. (Ebenso wurde ein Antrag Held (Bayer. Vp.) angenommen, 3 Millionen für Propaganda zu verwenden.

— **(Russisches Gold für England?)** Das Bankhaus J. P. Morgan hat Nachrichten erhalten, wonach 11 900 000 Dollar in Gold in Seattle und 10 300 000 Dollar in Gold in San Francisco angekommen sind. Die ganze Summe ist sofort dem Schatzamt übersandt worden. Obwohl keine Bestätigung zu erhalten war, vermutet man doch, daß das Gold von der russischen Regierung in Omsk stammt und für England bestimmt war.

— **(Bankrotterklärung des russischen Kommunismus.)** Wie Nachrichten aus Moskau besagen, wurde dieser Tage der neunte russische Kommunistenkongreß geschlossen. Es wurde der Beschluß angenommen, daß jeder, der sich als Mitglied der Kommunistischen Partei habe einzeichnen lassen, die Befehle der Partei auszuführen habe, einerlei, ob sie gegen seine Ueberzeugung seien oder nicht. Lenin erklärte in einer Ansprache, die gegenwärtige Lage Rußlands erfordere eine einheitliche und feste Leitung. In Landwirtschaft und Industrie müsse man in derselben Weise vorgehen wie in der Armee. Die Leitung müsse in einer Hand liegen, und die Tätigkeit der Betriebsräte müsse bedeutend eingeschränkt werden. Trotzki verlangte eine Militarisierung der Industrie. Er sagte, der achtstündige Arbeitstag müsse durch einen zehn- und zwölfstündigen ersetzt werden. Wer sich weigere, zu arbeiten, werde als Deserteur bestraft werden. Der Vorsitzende des russischen Obersten Wirtschaftsrates Rykow erklärte, der Gegensatz zwischen Land und Stadt in Rußland sei sehr scharf, und die Bauern weigerten sich, die Städte mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu versehen. Die Nationalisierung des Handels habe zu spekulativen Ausschreitungen geführt. Die Versuche, das Wirtschaftsleben auf kommunistischer Grundlage zu organisieren, hätten zu großen Mißerfolgen geführt. Die Erzeugung sei um 70 v. H. zurückgegangen, und die noch in Betrieb stehenden Fabriken arbeiteten mit so schweren Verlusten, daß sie außerstande seien, die Löhne zu bezahlen. Der Volkskommissar für Handel und Industrie, Krassin, der dieser Tage in Kopenhagen weilte, sagte, man müsse zugeben, daß sich das Leben als stärker erweise denn alle kommunistischen Theorien, und daß kein Betriebs-, Arbeiter- oder sonstiger Rat imstande sei, das Wirtschaftsleben unter den jetzigen Verhältnissen wieder emporzubringen.

— **Deutsches Kleinkaliber-Preisschießen** in der Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen Berlin-Halensee. Zum ersten Mal fand in Deutschland ein Preisschießen für Kleinkaliberwaffen statt, wie sie in England, Amerika usw. seit langen Jahren eingeführt sind und dort allgemeines Interesse gefunden haben. Diese Schießen unterscheiden sich von den in Deutschland üblichen Schießen der Schützenvereine usw. dadurch, daß dazu kleinkalibrige Waffen (mit schwacher Pulverladung und leichtem Geschoß) verwendet werden, so daß keine besonderen Schießstände, keine Sicherheitsmaßregeln usw. erforderlich sind. Die schwache Knall- und Rauchentwicklung der Munition gestattet die Abhaltung von Schießen in Turnhallen, Kegelbahnen usw. auch bei künstlicher Beleuchtung. Der billige Preis der Munition begünstigt die allgemeine Verbreitung derartiger Schießen. Geschossen wurde in Halensee nach den englischen Bestimmungen ein Schuß, stehend freihändig, kniend und liegend. Es wurde in Reihen von 10 Schützen geschossen. Es ist zu erwarten, daß dieser neue Schießsport von den Schützen- und Jägervereinen baldigst aufgenommen werden wird, so daß er ähnlich wie in England auch bei uns ein wahrer Volkssport wird.

Hinein in die praktischen Berufe!

Die Wirtschafts-Warte schreibt: Die Gesamtzahl der gegenwärtig an der Berliner Universität Studierenden beträgt 14 537 gegen 9140 in der gleichen Zeit des Semesters 1911/12. Die große Mehrzahl der außerordentlichen Universitätsprofessoren hat durch ihre Kollegiengelder auch heute noch ein Einkommen, das 3000 Mk. nicht oder nur wenig übersteigt. Hingegen erhält ein Schuldiener ein Jahresgehalt von etwa 6000 Mk. und die Berliner Straßenbahnangestellten erstreben ein Jahreseinkommen von 15 000 Mk. Dieser eigentümliche Zug der Entwicklung, der dazu führt, den praktischen und handwerklichen Beruf Stehenden ein höheres Einkommen zuweist als dem Geistesarbeiter, war aber schon vor dem Kriege zu spüren, denn damals hatte ein große Anzahl von Aerzten und Rechtsanwälten ein Einkommen, das 3000 Mk. nicht überstieg. Das war auch damals für einen Menschen, dessen Studium ein kleines Vermögen gekostet hatte, ein äußerst geringes Einkommen. Wir werden also eine zunehmende Bewertung der materiellen Leistung gewahr, gegen welche die geistige Leistung eines Pfarrers, eines Lehrers, eines Hochschulprofessors, eines Arztes, Rechtsanwalts oder Künstlers immer mehr ins Hintertreffen gerät.

Diese höhere Bewertung der materiellen, körperlich-handwerklichen Leistung ist für viele ein befremdender Vorgang. Er ist aber durchaus natürlich. Die Leistung des Geistesarbeiters ist heute um nichts weniger wichtig und unentbehrlich als früher. Die Schuld an dieser vielen unverständlichen Aenderung trägt die heutige Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt. Das Ausland will von uns zunächst keine ideellen, sondern reale Werte, also Waren: Maschinen, Bergwerkprodukte, Chemikalien, Farben, Präzisionsinstrumente usw. Wenn wir diese nicht liefern können, erhalten wir nicht die so dringend notwendigen Spinnstoffe und Lebensmittel im Austausch. Je mehr wir im Inland für das Ausland produzieren, desto mehr bekommen wir von außen herein, desto eher kommen die Preise zum Stehen. Da nun aber diese realen Produkte eine so große Bedeutung für unser Land gewonnen haben, daß die Erhaltung des ganzen Volkes davon abhängt, so ist es auch ein ganz natürlicher Vorgang, daß alle die Arbeiter, die für diese Produktion in Betracht kommen, sehr gesucht sind, daß also ihre Leistungen besonders gut bezahlt werden. Es kommt jetzt einzig und allein darauf an, daß große Teile unseres Volkes sich mit dieser Tatsache abfinden und alles tun, um die Zeitumstände richtig auszunutzen. Das geschieht am besten dadurch, daß man die Jugend mehr als bisher auch aus den sogenannten gebildeten Kreisen in praktische Berufe schickt. Wenn ein kluger und gewecker Junge durchaus keine Vorliebe für die alten Lateiner und Griechen hat, sondern gern bastelt, handwerkt, baut und konstruiert, so soll man ihn einen praktischen Beruf ergreifen lassen. Wir werden im nächsten Jahrzehnt und darüber hinaus gar nicht genug praktische Siedler, Maschinenbauer, Bauhandwerker usw. haben können, um den ungeheuren Bedarf des Auslandes wie des Inlandes zu befriedigen.

Ein praktischer Beruf bedeutet heute nicht mehr ein Herabsteigen auf der sozialen Stufenleiter. Die vollkommene Gleichsetzung des Handarbeiters mit dem Geistesarbeiter ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Entwicklung drängt dahin, daß mehr Menschen als bisher einen praktischen Beruf ausüben und damit der Wirtschaft direkt dienen. Weiter ist ein starker Zug nach Veredlung der Arbeitsprodukte vorhanden; man will nicht so sehr kurzlebige Massenprodukte, als wieder echte, gute, die Zeit überdauernde Dinge herstellen. Verständige Eltern und Erzieher sollten alles tun, um diesen in der Jugend vorhandenen gesunden Zug zu stärken. Setzt er sich durch, so braucht uns um die Zukunft unseres Volkes nicht bange zu sein.

Französische Werber in Deutschland

Wie ungeniert, um nicht zu sagen unverschämt, die Franzosen in Deutschland für die Fremdenlegion werben, wie aber andererseits immer noch junge Leute in Deutschland auf ihre Lockungen hereinfallen, zeigt folgende Schilderung der „Thür. Allg. Ztg.": Am Montag vor acht Tagen sprach in Erfurt ein gutgekleideter Mann von etwa 25 Jahren einige 16- bis 18jährige Leute in Erfurt an und versuchte sie durch allerhand Versprechungen zu bewegen, mit ihm nach Frankfurt a. Main zu fahren. Er gab ihnen bis Mittwoch früh Bedenkzeit und bestellte sie an diesem Tage vor den Hauptbahnhof. Die jungen Leute waren leichtsinnig genug, auf dieses Abenteuer einzugehen und fanden sich zur verabredeten Stunde am Hauptbahnhof ein. Dort erwartete sie bereits der Agent, löste kurzerhand für sie Fahrkarten dritter Klasse und fuhr mit ihnen nach Frankfurt a. M. Er führte sie dort sofort dem offiziellen Werbebureau für die Fremdenlegion vor, das in einem Wartesaal des Hauptbahnhofs eingerichtet ist. Hier herrschte reges Leben. Außer französischen Offizieren waren mehrere Zivilisten in dem Bureau tätig. Die drei Jungen wurden sofort wieder entlassen und für den nächsten Vormittag auf das Bureau bestellt. Als die jungen Leute am Donnerstag Vormittag das Werbebureau wieder betraten, hatten sich bereits 40 Deutsche, zumeist junge Leute von 18—20 Jahren, aber auch einige ältere, dort zusammengefunden. Ohne ihren Namen oder ihre Papiere festzustellen, wurden ihnen kurzerhand Plätze in einem Personenzug nach Metz angewiesen mit dem Hinweis, daß dort alles weitere mit ihnen geregelt werden solle. Mehrere französische Soldaten nahmen zu ihrer Bewachung in den Abteilen Platz. In Metz führte man sie sofort in eine Kaserne. Auf dem Wege dahin gelang es den drei Erfurter Jungen, infolge der Dunkelheit in einen Wald, den sie passierten, zu flüchten und so ihrem Schicksal zu entgehen. Sie schwangen sich auf einen Güterzug, versteckten sich darin und fuhren mit ihm nach Heidelberg zurück.

Die Telegrammüberwachung

ist soeben auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums eingeführt worden. Die Maßregel gründet sich auf die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 15. November 1918. Wie die Postüberwachung soll sie vor allem zur Bekämpfung der Kapital- und Steuerflucht dienen, daneben auch der Durchführung des Verbots der Aus- und Durchfuhr von Gold sowie der Ausfuhr, Veräußerung oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere nach dem Ausland, der Durchführung der Vorschriften über die Aus- und Einfuhr von Waren, schließlich auch der Bekämpfung des Kettenhandels, der Wucher- und Schiebergeschäfte. Ueberwacht werden nur Privattelegramme nach dem Ausland. Sonstige strafbare Handlungen und politische Angelegenheiten sind von der Ueberwachung ausgeschlossen. Sie erfolgt bei der Aufgabeanstalt im allgemeinen durch die Annahmestellen. In Orten mit mehreren Verkehrsanstalten werden die Telegramme auch bei der Haupt-Telegraphenanstalt im Zusammenhang nachgeprüft. Verdächtige Telegramme werden zwar ohne Verzug befördert, aber eine Abschrift davon mit dem Vermerk „Verdächtig" brieflich der nächsten Postüberwachungsstelle übersandt. Verdächtig sind insbesondere Verfügungen über Bankguthaben oder die Eröffnung von Krediten. Telegramme über Handelsgeschäfte im Rahmen des üblichen kaufmännischen Geschäfts eines als einwandfrei bekannten Absenders gelten als unverdächtig. — Diese auf Verlangen der Reichsfinanzverwaltung getroffene Maßnahme richtet sich einmal nur gegen den Telegrammverkehr nach dem Ausland; dann sollen Verkehrshemmungen dadurch unbedingt vermieden werden und selbstverständlich soll jede politische Ueberwachung des Telegrammverkehrs unter allen Umständen unterbleiben.

Das Abwerfen der Hirschgeweihe.

Viele Leute wollen es nicht glauben, daß der stolze König unserer heimischen Wälder seinen prächtigen Kopfschmuck in jedem Jahre verliert und einen neuen, schöneren dafür bekommt. Und doch ist es so. Die Gelehrten haben festgestellt, daß im Juli unter den Rosenstöcken des Geweihs ring von außen her dadurch eine Furche bildet, daß die Zellen zerfallen. Der Zusammenhang zwischen Stange und Rose lockert sich infolgedessen nach und nach, bis das Gewicht der Stange, verbunden mit freiwilligem oder unfreiwilligem Stoßen gegen harte Gegenstände, das Abbrechen herbeiführt. Sehr bald erscheint das neue Geweih, das unglaublich schnell wächst und schon im September, also zur Brunstzeit, fertig ist. Es ist anfangs mit Bast, einer mit Haaren bewachsenen Haut, bedeckt, der aber in wenigen Tagen durch das sogenannte Fegen, ein Reiben an Baumstämmen und Zweigen, entfernt wird. Das neue Geweih sieht zunächst weißgelblich aus, wird aber allmählich dunkler bis auf die Spitzen, die durch das fortgesetzte Schlagen und durch Einbohren in die Erde glatt und weiß werden. Der weidgerechte Jäger schätzt die Abwurfstangen nicht. Wert haben für ihn nur die Geweihe derjenigen Hirsche die er selbst erlegt hat. Das Geweih muß schädelecht sein, d. h. am Schädel sitzen, weshalb dem Hirsch nach dem Erlegen der Teil des Schädels, mit dem das Geweih zusammenhängt, abgesägt wird. Auf dem weißen Schädel wird dann Ort und Tag des Erlegens vermerkt. Auch die Abwurfstangen haben einen Wert, in Wirtshäusern sind sie öfters zu finden und bilden dort einen hübschen Wandschmuck.

Aus aller Welt.

— **Das Ende der Nordpolfahrer Knutsen und Tessen.** Nach einer Meldung aus Kristiania hat das norwegische Ministerium des Aeußeren aus Moskau unter dem 28. Mai ein Telegramm erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß nach Untersuchung der russischen Regierung die beiden Mitglieder der Nordpolexpedition Amundsens, Knutsen u. Tessen, die die Expedition verlassen hatten, im Winter 1918 bei Kapp Vill umgekommen sind. Frithjof Nansen hat dem Norsk Telegram Byran mitgeteilt, daß die beiden Männer wahrscheinlich das jetzt erwähnte Depot von Tschesjuskin erreicht haben und dort an Skorbut gestorben sind.

— **Vor 50 Jahren.** Der Frühling von 1870, der uns den Nationalkrieg mit Frankreich und Sedan brachte, war für das deutsche Volk idyllisch und von der Witterung reich begünstigt. Niemand hatte eine Ahnung, welche Wetterwolken am politischen Horizont sich in wenigen Monaten emportürmen sollten. Und doch gab es auch Zwistigkeiten, die aus der nicht lange vorher erfolgten Einführung der Gewerbefreiheit entstanden und neuen Wettbewerb im Erwerbsleben brachten. Bis dahin hatte sich alles Geschäftsleben in festgefügten Bahnen abgespielt, war bei einem Gewerbetreibenden oder Handwerker gekauft, blieb in der Regel auch sein Leben lang dessen Kunde. Im Frühling 1870 kam der Anfang der Konkurrenz, die später nicht immer lauter blieb. Mancher alte Bürger, der durch alle die vorgeschriebenen Prüfungen zur Selbständigkeit gelangt war, sah nun, wie junge Leute ohne weiteres Werkstätte und Laden eröffneten, und wie das Publikum lang bestandene Geschäftsverbindungen löste. Sie sagten damals, das könne nicht gut gehen. An Sozialismus dachte erst eine bescheidene Zahl von Zeitgenossen, und auch heute ist es für die, welche die Verhältnisse von 1870 kannten, schwer begreiflich, daß nur 50 Jahre genügten, den weiten Weg von der Aufhebung des Zukunftzwanges bis zur Errichtung des sozialdemokratischen Staates zurückzulegen.

— **Einen grausigen Fund** machten Ausflügler in dem großen Walde von Oranienburg (Mark Brandenburg). Sie fanden die Leiche einer ungefähr 36 Jahre alten Frau, die eine Schußwunde am Kopf aufwies. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Frau von einer zweiten Person getötet worden ist, wofür auch der Umstand spricht, daß man bei der Toten keine Waffen vorfand. Die sofort benachrichtigte Polizei von Birkenwerder fand in etwa 50 Meter Entfernung von der Leiche die Leichen zweier Kinder, eines 12jährigen Mädchens und eines 8jährigen Knaben. Auch die Kinder waren durch Schüsse in den Kopf, und zwar in die Stirn getötet worden. Nach den ersten Ermittlungen des Tatbestandes sind anscheinend zuerst die Kinder und dann die Frau erschossen worden. Da bei keiner der drei Personen irgendwelche Papiere vorgefunden wurden, konnte noch nicht festgestellt werden, ob die ermordete Frau die Mutter der beiden Kinder ist. Die Beamten suchten sofort die nähere Umgebung des Tatortes ab, ohne jedoch eine Spur des Täters entdecken zu können. Die Leichen wurden vorläufig unter Bewachung an ihrem Fundort belassen, um der Gerichtskommission Gelegenheit zu geben, ihre Feststellungen zu treffen. Die Polizeibehörden neigen zu der Ansicht, daß der Mann und Vater der drei getöteten Personen die grausige Tat verübt und dann sich ebenfalls erschossen hat.

— **118 000 Mark gestohlen.** Große Beute machte ein Dienstmädchen, das aus einer galizischen Familie stammt, die gegenwärtig in der Grenadierstraße in Berlin wohnt. Das Mädchen nannte sich Katz und vermietete sich bei einem Kaufmann in der Saarbrücker Straße und dann bei einer Familie in der Christinenstraße in Berlin. Ob sie wirklich so heißt, konnte noch nicht festgestellt werden. An beiden Stellen blieb sie nur wenige Tage und verschwand aus der ersten mit 20 000 Mark und aus der zweiten mit 98 300 Mark. Als die Kriminalpolizei das Mädchen in der Wohnung seiner Eltern festnehmen wollte, war sie mit der ganzen Familie spurlos verschwunden.

Neueste Nachrichten.

Eine vereitelte Wahlversammlung.

(TU) **Darmstadt**, 3. Juni. Nachdem bereits am Sonntag eine öffentliche Wahlversammlung der Deutschnationalen Partei durch Anhänger der unabhängigen Sozialisten vereitelt worden war, ereilte gestern abend das gleiche Schicksal eine von der Deutschen Volkspartei einberufene Versammlung in der großen Tonhalle, zu der ausdrücklich nur Mitglieder der bürgerlichen Parteien geladen waren. Angehörige der U. S. P. D. hatten die Tribüne des Saales besetzt und kaum hatte der erste Redner der Deutschen Volkspartei gesprochen, als sie mit einem Hydranten große Wassermengen in den Saal spritzten und Stühle und andere Gegenstände herunterwarfen. Das Publikum, in dem Herren und Damen verletzt und völlig durchnäßt wurden, flüchtete schreiend ins Freie, wo sich die erregte Menge noch stundenlang in heftigem Wortwechsel aufhielt.

Die Beschlagnahme von Sprengstoff auf Zeche „Monopol" vor dem Dortmunder Kriegsgericht.

Kamen, 3. Juni. Schon einmal hat sich das Kriegsgericht mit der Sprengstoffbeschlagnahme auf der Zeche Monopol beschäftigt, die am 30. März auf Veranlassung eines von Dortmund gekommenen Sprengstoffkommandos durch die Bergleute Ernst Bronheim, Otto Bronheim, August Bronheim, Alfred Liebig und Wilhelm Gilbert in Kamen erfolgte. Das Gericht kam damals zu einer Vertagung, weil es vor Fällung eines Urteils, das nach Lage der Sache auf mindestens 5 Jahre Zuchthaus hätte lauten müssen, die Feststellung für erforderlich hielt, ob der von dem auswärtigen Sprengkommando auf die Angeklagten ausgeübte Druck ein unwiderstehlicher gewesen sei. Aus der Schilderung der Vorgänge durch die drei Brüder Bronheim geht folgendes hervor: Die Angeklagten waren Mitglieder der schon vor den Märzunruhen ins Leben gerufenen Kamener Sicherheitswehr, die dann im März unter den Befehlen des Vollzugsrates, dessen Vorsitzender Strelinski war, stand. Die Sicherheitswehr hatte die Aufgabe, die Kamener Bürgerschaft vor Ausschreitungen auswärtiger Elemente zu schützen. Am 30. März wurde bekannt, daß Auswärtige nach Kamen kommen wollten, um zu plündern. Als die Brüder Bronheim und Liebig mittags auf dem Markte patrouillierten und vor die Wirtschaft Rieder kamen, wo der Vollzugsrat tagte, kam eine Schar Rotgardisten auf sie zu, um ihnen zu sagen: „Ihr seid von Kamen, Ihr wißt hier Bescheid. Geht zur Zeche Monopol und holt Dynamit". Als die Kamener sich weigerten, diesen Befehl auszuführen, drohten die bewaffneten Fremden ihnen mit Erschießen, so daß die Bronheims und Liebig ihren Widerstand aufgaben. Zur Wirtschaft Rieder geführt, erhielten sie einen vom Vollzugsrat unterzeichneten Schein, auf dem bemerkt war, daß sie 400 Kilo Dynamit, 250 Sprengkapseln von der Zeche Monopol holen sollten. Es wurde ihnen dabei gesagt, daß Gilbert den Auftrag ausführen solle und sie ihn zu begleiten hätten. Wer den Schein und wo er ausgefertigt, entzog sich der Kenntnis der Angeklagten. August Bronheim nahm zunächst den Schein und machte sich mit seinen Brüdern und Liebig auf den Weg zur Zeche Monopol. Dabei wurden sie von den fremden Rotgardisten, die ihnen folgten, nicht aus den Augen gelassen. Etwa 5 Minuten vor der Zeche wurden sie von Gilbert eingeholt, dem von Strelinski aufgetragen worden war, dafür zu sorgen, daß nichts Ungehöriges mit dem Dynamit geschehe. Gilbert nahm nun den erwähnten Schein und fuhr zur Zeche voraus. Als die übrigen Leute zur Zeche kamen, erschien der Markenkontrolleur Beckhaus und rief ihnen zu: „Kommt Leute, wir wollen runterfahren." Von den Verhandlungen im Zechengebäude haben die 4 Kamener nichts gehört. Als sie mit 400 Kilogramm Sprengstoff, 250 Kapseln, elektrischen Zündern und Zündmaschinen aus der Grube kamen, stand schon ein Wagen da, auf den der Sprengstoff geladen wurde, um vor die Wirtschaft Rieder auf dem Markt gefahren zu werden. Dort blieb der Wagen stehen. Die Angeklagten gingen nach Hause, weil sie mit den Fremden nichts zu tun haben wollten. Bemerkt sei noch, daß sie sich am nächsten Tage freiwillig meldeten, um zum Schutz der Zeche Monopol an Posten zu ziehen. Als Strelinski später auf den Markt kam und den Wagen mit dem Dynamit bemerkte, wurde er von Schrecken erfaßt. Er ordnete sofort an, daß der Sprengstoff nach der Zeche zurückgebracht und unter Bewachung gestellt wurde. Der Direktor der Zeche hat es dann verstanden, das Dynamit wieder in seine Hände zu bekommen, und hat es versteckt, damit es von Unbefugten nicht wieder gefunden werden konnte. Aus der Zeugenvernehmung, die sich recht umfangreich gestaltete, ging folgendes hervor: Schon am Morgen des 30. März ist die ganze Schachtanlage der Zeche Monopol stillgelegt worden. Später sind die Pumpen wieder in Tätigkeit gesetzt worden, weil sonst die Zeche ersoffen wäre. Bürgermeister Wiesner sprach sich günstig über die Kamener Wehr aus, die ohne Zweifel versucht habe, die Stadt gegen die fremden Elemente zu schützen. Allerdings seien auch einige Entgleisungen vorgekommen. Der Führer der Wehr, Strelinski, bekundete, daß der ominöse Schein nicht von ihm ausgefertigt sei. Er nahm seine Wehrleute in Schutz. Geh. Sanitätsrat Lenzmann hat Befehl erhalten, sich der Verwundeten anzunehmen. Dessen hätte es nicht bedurft. Zum Dank dafür hat man ihm in seiner Abwesenheit eine Handgranate ans Haus geworfen, die allerlei Schaden anrichtete. Auch nach Waffen wurde bei ihm gesucht. Schließlich hat man ihm sein Gespann entführt. Maschinenmeister Braukmann teilt mit, daß Gilbert auf dem Zechenplatze zu ihm gesagt habe, er brauche das Dynamit für Sprengungen an der Bahn, er kümmere sich nicht um die Watterschen Befehle und werde die Gewehre nicht abliefern; lieber wolle er Franzose oder Engländer werden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gilbert, 5, gegen die andern je 2 Jahre Zuchthaus. Die Verteidigung plädierte auf Freisprechung. Das Gericht beriet lange Zeit und hatte nicht zur Freisprechung kommen können, da die Angeklagten ihre Taten keinesfalls unter dem Druck von Drohungen, bezw. unter Zwang ausgeführt hätten. Strelinski habe sich seinen Posten sichern wollen. Der Anführer und Sprecher auf der Zeche, als man die Beamten zwang, den Sprengstoff auszuhändigen, sei Gilbert gewesen. Dieser sei am härtesten zu bestrafen, zumal ihm nicht fremd war, daß hohe Strafen auf Dynamitverbrechen ständen. Gilbert wurde wegen Nötigung und Sprengstoffverbrechens zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Gebrüder Bronheim wurden mit je 1 Jahr 9 Monaten, Liebig mit 1 Jahr Gefängnis bestraft.

Kleine Nachrichten.

Der Papst hat an den Episkopat der ganzen Welt eine Enzyklika gerichtet, in der er alle Kinder der Kirche ermahnt, den vergangenen Streit zu vergessen und an seine Stelle Eintracht und gegenseitige Liebe zu setzen.

In Flensburg verlautet mit größter Bestimmtheit, daß die fremden Truppen Flensburg und die ganze zweite Zone Mitte dieses Monats verlassen werden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 3. Juni. **(Verschiedenes.)** Auf dem Wege einer Verordnung ist wieder eine Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige sowie der Tagegelder und Reisekosten der Schöffen und Geschworenen durchgeführt worden. Zum letzten Mal wurde im Jahre 1914 eine Revision der Gebührenordnung vorgenommen. Die Erhöhung ist in Form von Teuerungszuschlägen zu den im Gesetz vom Jahre 1914 festgesetzten Sätzen vorgenommen worden. Vom 15. Mai ab erhalten Zeugen und Sachverständige Gebühren in der zweieinhalbfachen Höhe der bisher geltenden Sätze. Als Aufenthaltsentschädigung für jeden Tag, an dem der Zeuge oder Sachverständige abwesend gewesen ist, sind 40 Mark, statt bisher 15 Mk. festgesetzt worden.

(Verdoppelung der Honorarsätze für Aerzte.) Der Schiedsspruch in dem Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkassen sieht eine Verdoppelung der bisherigen Honorarsätze vor.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen für je 100 der betreffenden Landeswährung:

für:		am 1. Juni	am 31. Mai	am 28. Mai
Holland	100 Fl.	1410 Mk.	1360 Mk.	1450 Mk.
Schweden	100 Kr.	825 „	802 „	865 „
Norwegen	100 Kr.	685 „	665 „	700 „
Schweiz	100 Fr.	702 „	680 „	700 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mark, in Schweden und Norwegen 112 Mark, in der Schweiz 80 Mark für je 100 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in Norwegen 1850 und in der Schweiz 1800 Mark für je Gulden bezw. Kronen oder Franken bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark seit vielen Monaten am 26. Mai, in Holland 1200, Schweden 720, Norwegen 605 und Schweiz 625.)

Die Fernsprechgebühren, die vom 1. Juli ab um 100 Prozent erhöht werden, belasten den Mittelstand ganz außerordentlich. In verschiedenen Städten sind einzelne Berufsstände, z. B. Aerzte, zur Kündigung der Fernsprech-Anlage geschritten. — Für den Postbezirk Kamen beträgt die Pauschalgebühr 560 Mark jährlich, wofür alle Gespräche in Kamen und mit den zum Ortsverkehr Kamen gehörenden Orten frei sind. Die Grundgebühr beträgt 240 Mark, jedes Gespräch kostet 20 Pfg. Mindestens 400 Gespräche sind zu führen, so daß der Grundgebühr-Anschluß mindestens 320 Mark kostet. Jeder Inhaber hat eine Garantiesumme von 1000 Mark zu hinterlegen, die in vierteljährlichen Raten von 250 Mark gezahlt werden kann, in ganz besonderen Fällen kann die Rate auf 100 Mark ermäßigt werden. Jedes Ferngespräch bis 25 Klm. kostet 80 Pfg., bis 50 Klm. 1 Mk., bis 100 Klm. 2 Mk., bis 300 Klm. 3 Mk., bis 500 Klm. 4 Mk., bis 750 Kilometer 5 Mk., bis 1000 Klm. 8 Mk.

(Aufhebung der Zwangswirtschaft im Oktober?) Nach einer Meldung aus Hamburg erklärte Reichsjustizminister Dr. Blunck in einer Versammlung, daß im Oktober auch der Rest der Zwangswirtschaft werde beseitigt werden können.

Allen Altpensionären und Altshinterbliebenen soll rückwirkend vom 1. 4. 1920 zu der in Aussicht stehenden Regelung der gesetzlichen Bezüge und unter späterer Anrechnung auf diese 50 Prozent der bisher zustehenden Pensionen als Vorschuß gezahlt werden.

(Selbstfahrer für Kriegsbeschädigte.) Kriegsbeschädigte, die auf den Gebrauch eines Selbstfahrers angewiesen sind, werden, wenn sich längere Instandsetzungsarbeiten am Selbstfahrer als notwendig erweisen, unterdessen auf längere Zeit an das Zimmer gefesselt, und dadurch wird meist auch ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen. Um dies nach Möglichkeit zu verhüten, stehen den Sanitätsämtern für ihren Dienstbereich zwei bis drei Selbstfahrer zur Verfügung, die sie den Kriegsbeschädigten, die ihrer bedürfen, während der Ausbesserung leihweise überlassen können. Etwaige Anträge sind am besten an die zuständige Versorgungsstelle (bisheriges Bezirkskommando) oder an die amtliche Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zu richten. Bekanntlich können auch Kriegsbeschädigten, denen beide Oberschenkel abgenommen werden mußten, neben ihren Kunstgliedern Selbstfahrer bewilligt werden, wenn sie im Gebrauch der Arme nicht behindert sind.

(Reform der Laufbahn bei der Reichsbank.) Wie wir hören, ist die Laufbahn der Reichsbank-Beamten dahin geändert, daß für den mittleren Dienst nicht mehr die Reife für die Prima eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule, sondern nur noch die Reife für die Obersekunda dieser Schulen verlangt wird. Jedem Beamten wird ermöglicht, nach Nachweisung der Befähigung und nach Bewährung im Dienste auch in die höheren Stellen aufzurücken. Die sonstigen Vorbedingungen für den Eintritt bei der Reichsbank sind die gleichen geblieben, namentlich, daß der Anwärter in einem Bank- oder in einem namhaften Handlungshause mindestens 3½ Jahre kaufmännisch tätig gewesen sein muß und bei der Einberufung nicht über 26 Jahre oder, wenn er seiner Militärpflicht genügt hat, nicht über 27 Jahre alt sein darf. Kriegsteilnehmer können um die Dauer der Kriegsdienstzeit älter sein. Bewerbungen sind an den Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums in Berlin zu richten.

(Schokoladen-Schwindler. In unserer Dienstag-Nummer berichteten wir über einen Schwindler, der in Hörde einen Konditor telephonisch aufforderte, 50 Tafeln Schokolade nach einem Hospital zu schicken. Auf dem Wege nahm der Schwindler dem Boten die 50 Tafeln ab mit dem Auftrage, 20 weitere Tafeln zu holen. — Dasselbe Manöver versuchte ein Mann, vielleicht derselbe Schwindler, am Dienstag in Kamen. Er bestellte 50 Tafeln Schokolade im Werte von 600 Mark telephonisch bei der Konditorei Schneider bat, dieselben zum katholischen Pastorat zu schicken. Anscheinend hat der Schwindler den Boten auf dem Wege nicht getroffen, denn als letzterer im Pastorat die Ware abgeben wollte, wußte man dort nichts von der Bestellung. So rettete Herr Schneider die wertvolle Ware.

Königsborn, 3. Juni. **(Ende des Streiks der Salinenarbeiter!)** Wie uns mitgeteilt wird, ist der Streik der Salinenarbeiter Dienstag abend beigelegt worden. Die Arbeit wurde Mittwoch früh wieder voll aufgenommen. Der Kur- und Badebetrieb wurde am Donnerstag wieder freigegeben. Das Badehaus ist mustergültig von morgens 6 bis abends 7 Uhr geöffnet.

Hombruch, 2. Juni. **(Pferdediebstahl.)** Dem Landwirt Frieg wurde in der Nacht vom Samstag zum Sonntag ein wertvolles Pferd aus dem verschlossenen Stall gestohlen. Diebe gelangten durch Oeffnen der Dachluke in den Stall, dessen Tür sie dann von innen gewaltsam erbrachen.

? **Plettenberg**, 2. Juni. **Unter eigenartigen Umständen** verübte der Sohn eines hiesigen Landwirts Selbstmord. Seine Verlobung, die auf 4 Uhr nachmittags angesetzt war und zu der die Gäste bereits erschienen waren, sollte gefeiert werden. Da der Bräutigam sich kurz vorher entfernt hatte, suchte man ihn und fand denselben schließlich auf dem Heuboden erhängt vor. Die Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Offenbar ist die Tat in einem Anfall geistiger Umnachtung geschehen.

(g) **Lippstadt**, 2. Juni. **Einen bösen Hereinfall** erlebte ein schon lange als Schleichhändler in Verdacht stehender Landwirtssohn aus dem Kreise. Ein früherer Kunde in D. lernte einen Herrn kennen, den er an Mittelspersonen in Lippstadt wies; von diesen könne er Weizenmehl in jeder Menge erhalten. Der Herr war über diese Mitteilung sehr erfreut, umso mehr, da er Ueberwachungsbeamter der Reichsgetreidestelle in Berlin war. Auf Veranlassung seiner vorgesetzten Behörde setzte er sich mit den ihm genannten Mittelspersonen in Verbindung und hatte auch bald einen Kauf zum Abschluß gebracht in Höhe von 200 000 Mark. Die erste Sendung stand Donnerstag, den 27. Mai d. J., auf einem geradezu für Schieber geeigneten Anschlußgeleise der W. L.-E. zum Abrollen bereit, als mit dem Mittagszuge Lippstädter Polizeibeamte und weitere 2 Beamte der Reichsgetreidestelle erschienen, die den anscheinend nur mit Holz beladenen Eisenbahnwaggon beschlagnahmten und den Verkäufer, sowie einen gleichfalls mit dem Zuge angekommenen Vermittler verhafteten. Im Anschluß daran wurde sofort eine eingehende Prüfung der Geschäftsbücher usw. des beschuldigten Verkäufers vorgenommen, und, da diese umfangreiches Beweismaterial über ganz tolle Schiebergeschäfte einwandfrei nachwiesen, beschlagnahmt und dem Gericht mitsamt dem Beschuldigten übergeben. Als Kaufpreis für diese 41 Zentner Weizenmehl, das kunstgerecht unter Buchenholz im Wagen verladen war, waren für den Zentner — sage und schreibe 600 Mk. vereinbart worden. Ort und Namen müssen, so schreibt der „Patriot", im Interesse der Untersuchung vorläufig noch verschwiegen werden.

** **Köln**, 2. Juni. **(Schwerer Automobilunfall.)** Montag abend spät ereignete sich in der Neustadt ein schwerer Automobilunfall, indem ein in voller Fahrt daherkommendes Auto gegen einen Laternenpfahl anrannte. Die Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert, wobei zwei auf der Stelle tot liegen blieben, einer kam mit dem Schrecken davon, während der vierte leichtere Verletzungen davontrug. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert.

Unbegründete Schadensklage aus einem Wagenunfall bei einer Gefälligkeitsfahrt?

Auf reine Gefälligkeitsfahrten sind die Grundsätze über die Haftung aus Beförderungsverträgen nicht anzuwenden; der Geschäftsherr hat also nicht ohne weiteres jede Fahrlässigkeit seines Kutschers aus dem Gesichtspunkte, daß dieser sein Erfüllungsgehilfe sei (§ 278 B.G.B.), zu vertreten. Es kann bei solchen Gefälligkeitsfahrten in der Regel nur eine Haftung aus unerlaubter Handlung in Frage kommen, der Geschäftsherr kann sich somit durch den Nachweis entlasten, daß er bei Auswahl und Beaufsichtigung des Kutschers die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet habe. Die folgende Reichsgerichts-Entscheidung ist hierzu von Interesse:

Der Zimmermeister B. in Siegen hatte im Januar 1916 Holz gekauft, das in einem in der Nähe befindlichen Walde lagerte. Die Abfuhr des Holzes übertrug er dem Fuhrunternehmer Z. in Siegen. Zur Besichtigung der Abfuhrwege fuhr B. am 25. Januar 1916 mit Z. in dessen zweispännigem Kutschwagen nach dem Walde. Unterwegs stieß der Kutschwagen infolge fahrlässigen Verhaltens des den Wagen lenkenden, damals 18 Jahre alten, Z.schen Kutschers M. mit einem Wagen der Siegener Kreisbahn zusammen, wobei B. erheblich verletzt wurde. Wegen dieses Unfalls verlangt B. mit der vorliegenden Klage von Z. Schadensersatz, und zwar einmal auf Grund eines angeblich mit dem Beklagten geschlossenen Beförderungsvertrages, und weiter auf Grund der §§ 823, 831 B.G.B.

Während das Landgericht Arnsberg die Beklagte zum Schadensersatz verurteilte, hat das Oberlandesgericht Hamm die Klage abgewiesen. Die letztere Entscheidung ist vom Reichsgericht durch Zurückweisung der klägerischen Revision bestätigt worden. In seinen Entscheidungsgründen führt das Reichsgericht aus: Dem Oberlandesgericht Hamm ist darin beizutreten, daß ein Vertrag mit dem Inhalte der entgeltlichen oder unentgeltlichen Beförderung des Klägers nach dem Holzlagerplatze im Walde am 25. Januar 1916 zwischen den Parteien nicht zustande gekommen ist. Der Holzabfuhrvertrag war damals schon abgeschlossen. Es handelte sich um eine gemeinsame Besichtigung des Abfuhrweges; der Kläger hatte dem Beklagten vorgeschlagen, zu Fuß zu gehen, dieser wollte jedoch hierauf nicht eingehen und lud daher den Kläger ein, mit ihm in seinem Kutschwagen zu fahren. Dieser Sachverhalt rechtfertigt die Annahme, daß der Beklagte mit seiner Einladung dem Kläger nicht ein vertragliches Angebot machen, sondern lediglich eine Gefälligkeit erweisen wollte. Ein anderes konnte nach Sachlage auch der Kläger in den Worten des Beklagten nicht erblicken. Da sonach ein Beförderungsvertrag nicht vorliegt, entfällt die Haftung des Beklagten für ein Verschulden des Kutschers M. aus § 278 B.G.B. Das Oberlandesgericht sieht weiter rechtlich einwandfrei den Entlastungsbeweis aus § 831 B.G.B. als von dem Beklagten geführt an. Es führt im einzelnen aus, der Beklagte habe M. als tüchtigen Kutscher erkannt und ihn deshalb in seinen Dienst genommen; M. habe sich bei seinem früheren Dienstherrn als tüchtiger und zuverlässiger Kutscher bewährt und dasselbe sei auch während seiner Dienstzeit bei dem Beklagten bis zum Unfallstage der Fall gewesen. Das Oberlandesgericht meint, die Jugend des M. spreche nicht gegen seine Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit; denn er stamme aus einer rein landwirtschaftlichen Gegend und habe, da sein Vater Fuhrmann sei, von Jugend auf mit Pferden zu tun gehabt. Hiernach durfte aber der Beklagte, ohne die im Verkehr erforderliche Sorgfalt zu verletzen, den M. trotz seines jugendlichen Alters a Kutscher anstellen und auch am Unfallstage zur selbständigen Leitung des fraglichen Kutschwagens verwenden. Auch ein eigenes Verschulden des Beklagten selbst aus § 823 B.G.B. hat das Oberlandesgericht zutreffend verneint. Daß er Beklagte die ihm dem M. gegenüber obliegende Beaufsichtigungspflicht verletzt habe, behauptet der Kläger selbst nicht. Bei der ihm bekannten Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit des M., der es bisher beim Verkehr mit Fuhrwerken in und bei Siegen an der erforderlichen Vorsicht nicht hatte fehlen lassen, brauchte der Beklagte keinen Anstand zu nehmen, ihm die selbständige Leitung des Kutschwagens zur Fahrt nach dem Walde anzuvertrauen und sich selbst in den geschlossenen Wagen zu setzen. Aus dem gleichen Grunde hatte er auch keinen Anlaß, während der Fahrt, etwa grade vor dem Versuche des M., über das Gleis der Kreisbahn zu fahren, den Kutscher zu besonderer Vorsicht anzuhalten und ihm irgendwelche Weisungen zu erteilen. Die Jugend des M. begründete angesichts dessen bisheriger Bewährung als zuverlässiger und vorsichtiger Kutscher eine solche Verpflichtung nicht. — Hiernach ist der klägerische Schadensersatzanspruch mit Recht abgewiesen worden. (Aktenzeichen: VI. 356/18. — 17. 3. 19.)

Noch 90 000 Tonnen Schiffsmaterial abzuliefern.

(TU) **Basel**, 2. Juni. Die „Daily Mail" meldet, von den deutschen Schiffswerften seien noch 90 000 Tonnen Kriegs- und Handelsschiffsmaterial abzuliefern.

Belgien im Bunde mit Frankreich.

(TU) **Brüssel**, 2. Juni. Den hiesigen Blättern zufolge teilt Belgien hinsichtlich der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland die ablehnende Haltung Frankreichs.

Schärfste Mittel gegen Streiks in England.

(TU) **London**, 2. Juni. In der gestrigen Kabinettssitzung wurde beschlossen, gegenüber den Streiks der Dockarbeiter und der Eisenbahnangestellten die schärfsten Mittel anzuwenden, gegebenenfalls militärische Maßnahmen zu treffen.

Die Unabhängigen für die Diktatur des Proletariats.

(TU) **Essen**, 2. Juni. In einer sehr stark besuchten Versammlung der Unabhängigen und der beiden kommunistischen Richtungen erklärte der Unabhängige, Abgeordneter Braß-Remscheid, daß die unabhängige Partei sich heute rückhaltlos auf den Boden der Diktatur des Proletariats stelle. Er müsse jedoch erklären, daß seine Partei den heutigen Terror und den Bürgerkrieg ablehne.

*

Unerhörte Gehälter für die Wiedergutmachungskommission.

Wie gemeldet wird, haben die Mitglieder der Wiedergutmachungskommission aus eigener Machtvollkommenheit eine Erhöhung ihres Einkommens, das von Deutschland zu zahlen ist, vorgenommen. Der Vorsitzende der Kommission, ein General, bezog früher 225 000 Mk., heute nach der Neuregelung 342 000 Mk. (ein deutscher General erhält demgegenüber nur 33 000 Mk.), die Vorsitzenden der Unterkommissionen erhalten 252 000 Mk. (früher 168 000 Mk.), ein Major 162 000 Mk. (früher 84 000 Mk.), ein Unteroffizier 69 300 Mk. (früher 33 600 Mk.), ein einfacher Ententesoldat 42 000 Mk. (früher 24 000 Mk.). Zu beachten ist dabei, daß die Jahresbezüge der Kommissionsmitglieder lediglich Verpflegungsgelder darstellen, daß die Kommissionsmitglieder außerdem noch Freiquartier haben. Das Quartier im Hotel Kaiserhof für General Nollet allein kostet jährlich etwa 144 000 Mk. Lediglich für Hotelunterkünfte der Mitglieder der Kommission in Berlin hat Deutschland jährlich etwa 14½ Millionen Mk. zu zahlen.

Eine Erklärung von Hochschullehrern

WTB. meldet: Um der Auffassung entgegenzutreten, daß die deutschen Hochschulen Horte der Reaktion seien, in denen die demokratische und soziale Republik des neuen Deutschlands grundsätzlicher und allgemeiner Ablehnung begegne, geben etwa vierhundert Hochschullehrer eine Erklärung ab, in der es unter anderm heißt: „Die deutsche Reichsverfassung gewährt jeder aufbauenden staatsbürgerlichen Gemeinschaftsarbeit Raum. Darum bekennen wir uns ohne Vorbehalte und Umschweife zu ihr. Wir verwerfen alle Versuche eines gewaltsamen Umsturzes, gleichviel, ob sie von rechts oder von links kommen. Die Verfassung von Weimar ist für uns die aus dem Zusammenbruch wiedergewonnene Rechtsordnung des deutschen Staates. Statt in engster Fühlungnahme mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes ihrem hohen Ziele nachzugehen, sind manche Kreise unsrer Hochschulen in unsoziale Absonderung geraten. Die akademische Jugend, die mit dem Tod von Tausenden ihrer Besten Heimat und Vaterland vor den Greueln des Krieges bewahren half, darf nicht länger, auch nicht zu einem erheblichen Teil beiseite stehen. Wer an Deutschlands Wiederaufbau mitwirken will, erkenne mit uns in der demokratischen Verfassung von Weimar die für alle verbindliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Ziele, die nach dem Zusammenbruch allen Patrioten gemeinsam sein müssen."

*

— **(Französisches Strafverfahren gegen 50 deutsche Offiziere.)** Wie Havas aus Lille meldet, haben die Kriegsgerichte den Befehl erhalten, Strafverfahren gegen etwa 50 deutsche Offiziere einzuleiten wegen Mißhandlung, Diebstahls, Plünderungen, deren sie sich während der Okkupation schuldig gemacht haben sollen. Die Beschuldigten würden wohl in Abwesenheit verurteilt werden. Unter den Beschuldigten sollen sich befinden, General Sixt von Armin und Oberst Blumenthal.

— **Das Wuchergericht in Stendal** verurteilte den Einwohner Heinrich Preuß und den Bäcker Friedrich Seifert, die im Schleichhandel 10 000 Mark gewonnen hatten, zu 2 Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe, bezw. 2 Wochen Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe.

— **16 Jahre Zwangsarbeit wegen Diebstahls in Frankreich.** Der in der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen beschäftigte Ingenieur Imhof, der den Krieg zuletzt als Hauptmann mitmachte und unlängst von den Franzosen verhaftet wurde, ist wegen Diebstahls von Hausgegenständen in Frankreich zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Bei einer Haussuchung sollen bei ihm gestohlene Gegenstände vorgefunden worden sein.

— **Großfeuer auf den Bremer Atlaswerken.** Dienstag abend kurz nach 7 Uhr entstand auf den Atlaswerken in Bremen ein riesiges Schadenfeuer, das in dem über der Schmiede gelegenen Schnürboden zum Ausbruch kam, in dem außer Schablonen, die Entwürfe für die Schiffsneubauten lagerten und außerdem zahlreiche trockene Holzschablonen. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich. In wenigen Minuten war das ganze Gebäude, das aus festen Brandmauern ausgeführt ist, in allen Teilen ausgebrannt. Gegen 9 Uhr standen von dem Gebäude nur noch die Brandmauern und die Konstruktion des Dachstuhls. Die Ursache des Brandes ist noch völlig ungeklärt. Der Schaden ist ein sehr großer. Neben dem Verlust wertvoller undd zum Teil schwer zu ersetzender Maschinenmaterialien ist besonders der Verlust des für die Weiterführung der Schiffsneubauten erforderlichen Schablonenmaterials für die Atlaswerke besonders empfindlich.

— **Festnahme eines Geldschmugglers.** Ein Geldschmuggler wurde auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin von Beamten des Dezernats zur Verhinderung der Kapitalflucht in dem Augenblick festgenommen, als er mit einer großen Geldsumme den Düsseldorfer Zug besteigen wollte. Der Verhaftete, ein Kaufmann Salomon Birnbaum aus Düsseldorf, war der Kriminalpolizei schon seit längerer Zeit als gewerbsmäßiger Geldschmuggler bekannt, jedoch nicht zu fassen, weil er sich stets nur wenige Stunden in Berlin aufhielt. Diese benutzte er dazu, bei den verschiedenen Aufkaufstellen das für ihn gesammelte Geld, rotgestempelte Eintausendmarkscheine, in Empfang zu nehmen und damit sofort wieder nach Düsseldorf zurückzufahren. Von dort brachte er das Geld dann über die Grenze. Nach seiner Festnahme fand man bei näherer Untersuchung in einem Bruchband eingenäht 205 Eintausendmarkscheine. Birnbaum hatte sich den Gegenwert von einer Amsterdamer Firma auf eine Berliner Bank überweisen lassen. Das Geld wurde beschlagnahmt.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für diese Rubrik werden Zuschriften aus allgemeinerem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 3. Juni. In der Sitzung der Interessengemeinschaft der landwirtschaftlichen Kreisvereine des westfälischen Industriebezirkes wurden von den Vertretern sämtlicher angeschlossenen Vereine Belege dafür erbracht, daß die Kommunalverwaltungen auf dem Gebiete der Milchbewirtschaftung, unbekümmert um oberpräsidiale oder sonstige Verordnungen, ihre eigenen Wege gehen und im Einvernehmen mit ihren Lebensmittelkommissionen Erzeugerpreise bewilligen, bei denen auf der einen Seite die Produktionsfreudigkeit gehoben wird, auf der anderen Seite gute Milch an den Markt kommt. Das bedeutet einen vollkommenen Zusammenbruch der Zwangswirtschaft mit Milch, eine Tatsache, die übrigens jüngst auf einer unter dem Vorsitz des sozialistischen Regierungspräsidenten König tagenden Konferenz der Landräte und Oberbürgermeister unwidersprochen festgestellt wurde und die immerhin bezeichnend ist für die Autorität der vorgesetzten Dienststellen. Von der Absicht getragen, die Produktionsfreudigkeit zu heben und der Bevölkerung des Industriebezirks größere Milchmengen zugängig zu machen, beantragten die der Interessengemeinschaft angeschlossenen Vereine vor einigen Wochen durch ihren unterzeichneten Vorsitzenden beim Oberpräsidenten in Münster die Herbeiführung einer gleichmäßigen Preispolitik, wobei gleichzeitig eine Erhöhung der Milchpreise nach dem Vorbild der unter sozialistischer Leitung arbeitenden Kreisverwaltung in Bochum empfohlen wurde. Ebenfalls im Auftrage der Interessengemeinschaft „empfahl" der unterzeichnete Vorsitzende den Kommunalverwaltungen des Industriebezirks eine Festsetzung der Höchstpreise nach dem Bochumer Muster, bei dem sich Konsumenten und Produzenten gleich wohl fühlten. — Was tut nun der Oberpräsident? — Er erstattet gegen den unterzeichneten Vorsitzenden Anzeige beim Ersten Staatsanwalt in Hagen wegen Verleitung zur Uebertretung seiner Anordnungen und wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Preistreiberei. In dem Strafantrag bittet er noch um besonders nachdrückliche Verfolgung, da es sich bei dem Denunzianten um einen früheren Verwaltungsbeamten handle, der sich der Tragweite seiner Handlungsweise zweifellos bewußt gewesen sei. — Man war sich in der Interessengemeinschaft zunächst nicht darüber einig, ob es richtiger sei, das Vorgehen des Oberpräsidenten durch Nichtachtung zu strafen, oder die Oeffentlichkeit mit dem Vorfall zu beschäftigen. Man entschied sich schließlich für den letzteren Weg und dabei war die Erwägung maßgebend, daß den Landwirten immer wieder vor Augen geführt werden müsse, mit welchem Verständnis man auch heute noch bei vielen Behörden ihren berechtigten Forderungen gegenübersteht, wie bitter not ihnen eine straffe Organisation und demnächst eine bessere Berufsvertretung im Reichstage tut. — Von den übrigen noch zur Beratung stehenden Gegenständen ist noch die Mitteilung des unterzeichneten Vorsitzenden von Interesse, daß der Regierungspräsident in Arnsberg es vorgezogen hat, die Anfrage, wie er sich bei nochmaligen Unruhen den Schutz der Landwirtschaft denke, unbeantwortet zu lassen.

Overweg, Landrat a. D.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 3. Juni. **(Preisgekrönte Turner.)** Auf dem Turnerwettstreit anläßlich des Turnfestes „Jahn"-Hamm errang der Turnverein „Eintracht"-Kamen bei großer Konkurrenz am Sonntag, den 30. Mai 3 erste Preise, und zwar Emil Borghard den Ehrenpreis am Barren, Paul Diesing den 1. Preis am Reck, Aug. Goris den 1. Preis am Pferd. Die Leistungen auf diesem Wettstreite waren so groß, daß die Herren Preisrichter einen schweren Stand hatten. Auch am 2. Pfingsttage errang der Verein anläßlich des Jubiläumsfestes des Turnvereins „Kaiserkrone" Kamen mehrere Preise, und zwar den 1. Preis am Reck Paul Diesing, 3. Preis Ernst Edelmann; am Barren Alfred Becker den 4. Preis für die 1. Klasse. Beim 2. Klassenturnen erhielten die Zöglinge Diening den 15 Preis, Schulze-Frieling den 17. Preis, Westrich den 18. Preis, Schmidt den 20. Preis. Aus diesen Leistungen ist zu ersehen, daß es der Turnverein „Eintracht" mit der Jahnschen Kunst sehr genau nimmt. Möge dieses auch den andern ein Ansporn sein, es diesen jungen und ältern Turnern recht bald gleichzutun zum Segen der großen Turnsache. Dem Turnverein „Eintracht" rufen wir ein Vorwärts auf der beschrittenen Bahn zu. „Gut Heil".

Kamen, 3. Juni. **Der Gesellschaftsklub „Fidelio"** hielt am 30. Mai seine Monatsversammlung ab, welche zahlreich besucht war. Es wurde u. a. beschlossen, am 6. Juni einen Ausflug mit Damen nach Iserlohn und Umgegend zu machen. Treffpunkt 5.30 Uhr. Damen, des Mandolinen- und Guitarrespieleus kundig, sind herzl. eingeladen. „Jung Heil".

Sport.

Kamen, 3. Juni. Der Sportverein Kamen von 1913 (e. V.) hat für Samstag, 5. Juni und Sonntag, 6. Juni, folgenden Spielbetrieb vorgesehen: Am 5. Juni, abends 5 Uhr spielt die dritte Mannschaft gegen den Meister der A III-Klasse des Bezirks Dortmund, die 3. Mannschaft des Ballspielvereins „Borussia" Dortmund. Sonntag um 3 Uhr spielt zunächst die zweite Mannschaft gegen die erste Mannschaft des Sportvereins Husen-Kurl, daran anschließend die erste Mannschaft gegen die gleiche Mannschaft des Akademischen Sportklubs Münster (interkorporative Vereinigung der Universität Münster). — Diejenigen Mitglieder des Sportvereins, auch Jugendliche, die an den Bezirkswettkämpfen am 12. und 13. Juni teilnehmen wollen, müssen sich heute, Donnerstag, abends 6 Uhr auf dem Sportplatz einfinden. Betr. Spielzeiten siehe Anzeige in heutiger Nummer.

Kamen, 3. Juni. Sportverein Kamen von 1913 (e. V.), 2. Jugendmannschaft — „Spiel und Sport" Derne, 1. Jugendmannschaft 5 : 1. Kamens Jugend war während des ganzen Spieles überlegen. Das Spiel der 1. Jugendmannschaft gegen den Meister der Ahlener Abteilung konnte noch nicht ausgetragen werden, da im dortigen Bezirk die Spiele noch nicht erledigt sind. — Die Zwischenrunde um die deutsche Meisterschaft zeigte die erwarteten Ergebnisse. Der süddeutsche Meister, 1. F. C. Nürnberg gewann in Berlin gegen den Baltenmeister „Titonia" Stettin 3 : 0, während der letzte deutsche Meister, Spielvereinigung Fürth, in Leipzig gegen die „Sportfreunde" Breslau mit 4 : 0 siegreich blieb. In beiden Treffen waren die siegende Mannschaften stark überlegen. Nürnberg und Fürth bestreiten nun am 13. Juni in Frankfurt am Main unter der Leitung von Dr. Bauwens (Sportklub Köln von 18 das Endspiel um die deutsche Meisterschaft.

Deutsche Volkspartei.

Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Schützenhof:

Oeffentliche Volksversammlung.

Redner: 1. Generalsekretärin Frau Rahmlo—Dortmund.
2. Fortbildungsschuldirektor Tegeder—Herne.

Freie Aussprache. **Saalgeld 50 Pfg.** **Freie Aussprache.**

Der Vorstand.

2187

Deutsches Volk, wache auf!

Du hast lange geschlafen, zu lange. Du hast Dir vorreden lassen, es sei alles gut und habe keine Not. Deine Propheten haben gerufen: Friede! Friede! Haben wir jetzt Frieden? Nein! Denn dieser **Friede** ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Nun ist die Not über Dich gekommen, und Du stehst am Abgrund, der Dich zu verschlingen droht.

Nun haben wir das Elend ohnegleichen. Früher, selbst im Kriege, hatten wir unser **Brot**, mochte es auch manchmal knapp sein; jetzt steht der Hunger vor der Tür.

Früher hielt **Zucht und Ordnung** das Volk zusammen, jetzt herrscht die **Zuchtlosigkeit** und das Reich fällt auseinander.

Früher hielten unsere Heere die **Feinde fern vom Boden des Vaterlandes**, jetzt rücken sie immer tiefer ein. Die Feinde spotten unser und erdrosseln uns.

Und wem verdanken wir das?

Die **Sozialdemokratie** hat versagt. Ihr Traum der Völkerversöhnung ist ausgeträumt.

Die **Demokratie** ist immer Schrittmacherin der Sozialdemokratie gewesen. Nackte Geldsackinteressen des Berliner Tageblatts und der Frankfurter Zeitung sind maßgebend. Und dabei werden andere von ihr Vertreter des Kapitals genannt!

Das **Zentrum** hat im Parlamente einen unnatürlichen Bund mit der Sozialdemokratie geschlossen.

Für deutschdenkende Männer und Frauen kommt die

Deutsche Volkspartei

in Betracht. Sie tritt ein für alle idealen Momente, die zum Wiederaufbau des Vaterlandes helfen können, für den nationalen Gedanken, für eine gesunde Sozialreform, für die Bildung einer **Regierung**, die **vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen** wird, für eine Sammlung aller staatserhaltenden Kräfte, um unser Vaterland durch die schwere Erschütterung, die es erlebt, hindurch zu retten, aber sie macht mit Entschiedenheit

Front gegen die rechtlose Gewaltherrschaft einer einzelnen Klasse!

Westfalen in Stadt und Land, tretet ein in die Reihen der **Deutschen Volkspartei** und wählt die i7443

Liste Winnefeld-Vögler.

Nichtwähler

geben ihre Interessen-Vertretung oder Rechte ohne Kampf an die sozialistischen Parteien oder an andere Gegner ab. Das darf auf keinen Fall sein. Die

Liste Winnefeld-Vögler

kämpft für das freiheitliche Bürgertum und die nichtsozialistischen Arbeiter.

Niemand darf zu Hause bleiben. Jeder muß am 6. Juni 2165 an die Wahlurne und wählen: 7444d

Liste Winnefeld-Vögler.

Sportverein Kamen von 1913 e. V.
Sportplatz Schützenhof, Weststraße.

Uebungszeiten:
Leichtathletik und Schlagball:
Dienstags und Freitags.
Faustball:
Montags und Donnerstags.
Fußball:
Mittwochs und Sonnabends nachmittags von 5 Uhr ab.

2185

Sonntag, 6. Juni, nachmittags 4½ Uhr:
A. S. C. Münster I.
Sportverein I.

Ordnung halten

neu aufbauen was zusammengebrochen, Schutz von Haus und Hof, Weib und Kind, Saat und Ernte, Geld und 2164 Gut, das will v7442

die deutsche Volkspartei.

Wählt deshalb die

Liste Winnefeld-Vögler.

---

100 Mark Belohnung

Die Einfriedigung zwischen der Koppel- und Pastorratweide wird mutwilligerweise zerstört und die Pfosten gestohlen. Wer mir den Täter so zur Anzeige bringt, daß ich ihn gerichtlich belangen kann, zahle ich 100 Mark Belohnung. 2047

Abraham Lifmann.

Lebensstellung!

Umsichtiger und gewissenhafter Herr, der mit der Fabrikation elektrischer Minenzünder bestens vertraut ist und zur selbständigen Ueberwachung der Arbeiter und Vornahme der chemisch-technischen Arbeiten in der Lage ist, zu sofort oder baldigst gesucht.

Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche, Lichtbild und Lebenslauf unter Nr. **2179** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Wer am Sonntag **nicht wählt** ist ein Verräter am Volkstum, gleicht dem Deserteur. Darum

darf niemand zu Hause bleiben

Geht früh zur Wahl, sonst könnt Ihr Eure Stimmen nicht abgeben. Punkt 6 Uhr ist die Wahl vorbei. **Es kommt auf jede Stimme an! Schreibt nichts auf die Stimmzettel, streicht nichts durch,** die Stimme ist sonst **ungiltig!**

Auf zur Wahl für die Liste des freiheitlichen Bürgertums;

v7441 für die 2163

Liste Winnefeld-Vögler.

Methler.
Mutterberatung
am Freitag, um 4 Uhr, im Gemeindehaus. 1719

Die heute eingetroffenen, blutfrischen

Seefische

kommen billiger zum Verkauf als bisher.

Fr. Mork Nachfl.
Ostfr. 27. 2184

Handspinnapparat.
für jede Nähmaschine passend, bequemstes u. leichtes Spinnen von Wolle und Flachs, Zwirnapparat mit Haspel, Wollkratzen. Auf Wunsch wird Spinnen gelehrt. Man verl. Prospekte. a1933
P. F. Schulze, Bielefeld, Göbenstraße 30.

Eine milchgebende

Ziege

zu verkaufen. i2182
Stoltefuß, Bergkamen,
Waldstraße 233.

Verkaufe einen ostfriesischen

Schafsbock,

derselbe eignet sich zur Zucht. p2188
Näheres in d. Geschst.

Gebraucher

Herd, Tisch und Stühle

zu verkaufen. 2186
Wo sagt die Geschäftsstelle der Ztg.

Ordl. jüngeres 2183

Mädchen

für kl. Haushalt von 2 Personen sof. gesucht.
Frau Fr. Heimeier, Kämerstraße 25.

Sauberes

Mädchen

zum 15. Juni oder 1. Juli gesucht. v2190
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Für sofort ein

Dienstmädchen

für Landwirtschaft gesucht. a2192
Kipp, Lerche.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Alle Vereine

geben ihre Veranstaltungen zweckmäßig in der „Kamener Zeitung" bekannt. Die starke, ständig zunehmende Verbreitung der K. Z. in allen Schichten des Landkreises Hamm sichert einen guten Besuch der Veranstaltungen, wodurch die Insertionskosten mehrfach gedeckt werden.

Amt Unna-Kamen.

1. Der Herr Regierungspräsident hat
a) für den letzten Sonntag vor Ostern
b) für den letzten Sonntag vor Pfingsten
c) für die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten

für alle Geschäftszweige eine Beschäftigung bis zu 8 Stunden zugelassen.

Die Geschäftsstunden an diesen Sonntagen werden hierdurch festgesetzt von 8—9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

2. Für den Totensonntag hat der Herr Regierungspräsident für den Handel mit Blumen und Kränzen einen Geschäftsverkehr bis zu 6 Stunden zugelassen, der von 8—9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags festgesetzt wird.

3. An sämtlichen Sonn- und Feiertagen wird für
a) den Handel mit Milch und
b) den Verkauf von Back- und Konditorwaren ein Geschäftsverkehr von 8—9 Uhr vormittags und von 11—12 Uhr vormittags allgemein zugelassen.

Unna, den 28. Mai 1920.

Die Polizei-Verwaltung:
Lehmhaus, Amtmann.

---

1 Oberbett, 2191
Kleiderschrank, Kommode und Eimerschrank,
fast neu, zu verkaufen.
Schönhausen,
Hansemannstraße 12.

Die Beleidigung, die ich gegen Frau Krenzer ausgesprochen, nehme ich hierdurch zurück.

2189 Albert Genz.

Unfall-Unterstützung

der

„Kamener Zeitung".

Nach den Bestimmungen unserer Unfall-Unterstützung muß der

Abonnementsbetrag bis zum 10.

des laufenden Monats bezahlt sein. Wer bis zu diesem Tage nicht bezahlt hat, verliert dadurch seinen etwaigen Anspruch auf Unfall-Unterstützung.

Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H.

Alle Familien-Drucksachen

als:

Verlobungskarten und Verlobungsbriefe, Hochzeitseinladungen und Hochzeitszeitungen, Tischkarten und Menüs, Tafellieder, Vermählungskarten, Geburtsanzeigen, Trauerbriefe und Trauerkarten, Schleifen, Danksagungen, Visitenkarten, Gratulationskarten usw.

liefert in sorgfältiger Ausführung schnellstens die Buchdruckerei der

Kamener Zeitung

Bohnenstangen

empfiehlt 2141
Carl Müller, Kamen.

Hornhaut, Ballen und Warzen
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit w
Kuskrol. In vielen tausend Fällen glänz. bewährt. Preis **2.50**
Heinrich Jacobi, Droz